



Der 4. Kongress «Planet Diversity» im Mai 2008 in Bonn war international. Zum Auftakt feierten 15 000 Menschen aus aller Welt am Festival die Vielfalt. Bild: www.planet-diversity.org

## 5. Europäische Konferenz der gentechnikfreien Regionen in Luzern Demokratisch mitbestimmen

Im April 2009 kommen in Luzern 400 Fachleute aus 30 Ländern zusammen, um über Strategien zu debattieren, wie Landwirtschaft und Herstellung von Lebensmitteln ohne Gentechnik in Europa demokratisch verankert werden können. Die SAG freut sich, diese 5. Europäische Konferenz der gentechnikfreien Regionen unter dem Thema «Food and Democracy» organisieren zu dürfen.

### Maya Graf, Präsidentin SAG

Die meisten EuropäerInnen wollen keine gentechnisch veränderten Lebensmittel auf ihrem Teller. Und die grosse Mehrheit der Bauern will keine Agro-Gentechnik auf ihren Feldern. Es müsste daher doch möglich sein, die gentechnikfreie Lebensmittelproduktion regional, national und in den Instanzen der EU demokratisch durchzusetzen. Um dieses Thema kreist die von der SAG organisierte Europäische Konferenz der gentechnikfreien Regionen. Sie koordiniert die regionalen und nationalen Initiativen und bietet eine Plattform zur Diskussion von:

- Strategien für die Mitbestimmung in Europa,
- zukunftsfähigen Lösungen für die Landwirtschaft,
- Gentech-Moratorien für andere europäische Länder.

### Das Konferenzthema

Die 5. Zusammenkunft der gentechnikfreien Regionen Europas findet am 24. und 25. April 2009 im Kultur- und Kongresszentrum Luzern (KKL) statt. Namhafte Referentinnen und Referenten – so etwa der schottische Umweltminister Michael Russell, die Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Renate Künast, der österreichische Agrarminister Niki Berlakovich oder Nationalrat Hansjörg Walter, Präsident des Schweizerischen Bauernverbandes – richten sich im Eröffnungsteil an die schweizerische und europäische Öffentlichkeit. Die eigentliche, auf Themen konzentrierte Konferenz-Arbeit wird von einem attraktiven Rahmenprogramm begleitet.

Die SAG freut sich, mit dieser Konferenz die Reihe jährlicher Treffen seit 2003 fortzusetzen. Das Konferenzthema steht ge-

rade unserem Land sehr gut an: Food and Democracy fokussiert auf die Stärkung der politischen Mitwirkungsrechte der Bevölkerung. Die Konferenz bietet zudem der europäischen Bewegung der gentechnikfreien Regionen, ihren Institutionen und Organisationen eine Plattform, um sich auszutauschen, sich zu vernetzen und gegenseitig zu stärken. Gemeinsam suchen die Teilnehmenden nach zukunftsfähigen Lösungen, wie Europa langfristig mit gentechnikfreien Lebens- und Futtermitteln versorgt werden kann.

### Die Botschaft der Konferenz

Rund 230 Regionen und 4 200 Gemeinden Europas haben die Landwirtschaft auf ihrem Territorium für gentechnikfrei erklärt. Die Konferenz stützt diese klare Haltung: Europas Bauern wollen und sollen so produzieren können, wie es Europas Konsumentinnen und Konsumenten wünschen.

Alle Umfragen zum Thema gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittel ergeben deutliche Resultate: Europas Bevölkerung pflegt eine vielfältige Esskultur, sie will Qualität, eine gesunde Ernährung, Regionalität, kulinarischen Genuss, eine nachhaltige Produktion und

soziale Verantwortung. Danach muss sich die Lebensmittelherstellung ausrichten.

Noch ist die Chance da: Europas Bauern und Bäuerinnen bewirtschaften über 99 Prozent der Flächen ohne Gentechnik. Sie tolerieren offensichtlich auch den Einsatz von Gentechnik an landwirtschaftlichen Nutztieren nicht. In der Schweiz ist er sogar verboten. So soll es bleiben.

### Das Konferenzziel

Die europäische Bewegung der gentechnikfreien Regionen fordert demokratische Mitbestimmung ein, damit die Bevölkerung in den europäischen Ländern und Regionen sicherstellen kann, dass auf die kommerzielle Anwendung gentechnisch veränderter Tiere, Pflanzen und anderer Organismen in der Umwelt verzichtet wird. An der Konferenz werden die Spielräume unter EU-Gemeinschaftsrecht ausgelotet und Strategien für demokratische Moratoriums-Referenden entwickelt.

Mehr zur Konferenz Food and Democracy auf: <http://www.foodanddemocracy.org>

## Mehr lesen

Bild: WDR 2008



Gentech-Mais mit Nebenwirkungen: Mit einem ausgedehnten Fütterungsversuch haben österreichische Forscher nachgewiesen, dass Gentech-Mais den Versuchstieren nicht bekommt. Trotzdem ist eine der Maissorten in der Schweiz zum Verkauf zugelassen. [Seite 2.](#)



Klare Haltung von Anfang an: Die höchste Schweizerin, Nationalratspräsidentin Chiara Simoneschi-Cortesio, steht der Agro-Gentechnik auch heute noch kritisch gegenüber. Im Interview sagt sie, warum sie eine Moratoriumsverlängerung befürwortet. [Seite 3.](#)



Wie weit ist sicher genug? Um die Frage von Sicherheitsabständen zwischen Bt-Maisfeldern und Naturschutzgebieten wird nicht nur in Deutschland gestritten. Die Risiken sind ungewiss, das gesicherte Wissen beschränkt. Deshalb hat das Land Brandenburg gehandelt. [Seite 4.](#)

# Gentech-Zulassungen sistieren!

## Standpunkt Vorbild Schweiz



Als sich die erste gentechnikfreie Region gründete, wurden die Initiatoren noch milde belächelt. Inzwischen sind die gentechnikfreien Regionen in vielen europäischen Staaten eine der erfolgreichsten zivilgesellschaftlichen Bewegungen. Seit 2003 finden europaweite Konferenzen dazu statt – und jedes Jahr werden die Regionen zahlreicher, die Konferenzen professioneller und die politische Bedeutung grösser. Damit wird nicht nur etwas gegen die Ausbreitung der Agro-Gentechnik erreicht, sondern gleichzeitig die Diskussion in die Öffentlichkeit getragen.

Das EU-Recht macht es vielen Ländern leider schwer, nationale Lösungen für die Sicherheit der gentechnikfreien Regionen zu finden. Nicht ohne Neid schauen wir deshalb auf die Schweiz. Sie konnte 2005 ein nationales Gentechnik-Moratorium beschliessen, mit dem der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen verboten wurde. Vor diesem Hintergrund ist die Wahl der Schweiz als Veranstaltungsort der 5. Europäischen Konferenz der gentechnikfreien Regionen von grosser symbolischer Bedeutung: Das Beispiel der Schweiz vor Augen sollten sich alle EU-Länder für eine Stärkung der demokratischen Rechte bei der Agro-Gentechnik einsetzen, damit sich Landwirte und Verbraucher besser gegen die «Gentechnik-Zwangsjacke» wehren können, die ihnen von der EU-Kommission mit jeder neuen Zulassung von GVOs aufgebürdet wird. Dazu gehört nicht nur eine finanzielle und rechtliche Stärkung der gentechnikfreien Regionen. Ebenso wichtig ist es, den personellen Filz zwischen den EU-Prüfbehörden und der Agro-Gentechnik-Industrie zu beseitigen und die GVO-Kennzeichnungslücke bei tierischen Produkten zu schliessen. Auch für die gentechnikkritische Schweizer Bewegung ist die Konferenz im eigenen Land von grosser Bedeutung – für den Kampf um die Verlängerung des Gentechnik-Moratoriums Ende nächsten Jahres.

Renate Künast  
Fraktionsvorsitzende im  
Deutschen Bundestag von  
Bündnis 90/Die Grünen



Greenpeace-AktivistInnen demonstrierten am 18. Dezember 2008 beim Bundesamt für Gesundheit (BAG) in Bern-Wabern gegen dessen laschen Umgang mit Gentech-Lebensmitteln.

Bild: Greenpeace Schweiz

**MON810-Mais ist in der Schweiz als Lebensmittel zugelassen. Jetzt deuten Tierversuche darauf hin, dass MON810 gesundheitsschädlich sein könnte. Das Bundesamt für Gesundheit sieht dennoch keinen dringenden Handlungsbedarf.**

### Marianne Künzle, Greenpeace

«Gentech-Gefahr: BAG wach auf!» stand auf den Transparenten der Greenpeace-AktivistInnen, als sie Mitte Dezember vor den Toren des Bundesamts für Gesundheit (BAG) standen und lauthals forderten, sämtliche Bewilligungen für Gentech-Lebensmittel in der Schweiz zurückzuziehen. Grund für die Forderung sind die Resultate zweier neuen Studien. Sie stellen nicht nur die Unbedenklichkeit der Gentech-Produkte, sondern auch die bisher gängigen Standards im Bewilligungsverfahren in Frage.

### Mäuse mit angeschlagenem Immunsystem

Eine der beiden Studien betrifft den MON810-Mais von Monsanto. Er bildet das sogenannte Bt-Gift, das gegen den Maiszünsler wirkt. Der Mais ist seit 2000 in der Schweiz als Lebensmittel zugelassen. Das BAG sah damals keinen Grund, an der Unbedenklichkeit des Maises zu zweifeln und gab grünes Licht für die Einfuhr. Daten zur Wirkung des MON810-Maises auf das Immunsystem des Darms lagen vor neun Jahren nicht vor; sie zu erheben war im damaligen Bewilligungsverfahren nicht vorgesehen. Jetzt haben Wissenschaftler des italienischen Forschungsinstituts für Ernährung und Lebensmittel (Inran) eine entsprechende Untersuchung durchgeführt. Sie fütterten dazu Mäuse während 90 Tagen mit MON810-Mais. Was sie dann feststellten, ist besorgniserregend, reagierte das Darm-Immunsystem der Mäuse doch mit Veränderungen, wie sie häufig auch mit

Allergien und Unverträglichkeiten in Verbindung gebracht werden. Aus Sicht von Greenpeace sollte das BAG auf die neuen Erkenntnisse reagieren und die Zulassung von MON810-Mais zurückziehen. Das Gesetz liesse dieses Vorgehen zu, enthält es doch einen Passus, der den Rückruf eines Produktes bei begründetem Verdacht auf eine Gesundheitsgefährdung ermöglicht. Doch das BAG sieht trotz der bedenklichen Resultate keinen Handlungsbedarf. Die Behörde verweist lediglich auf das seit dem Jahr 2005 laufende Verlängerungsverfahren, in dem sie ihre ursprüngliche Einschätzung des MON810-Maises überprüft. Solange dieses Verfahren andauert, darf MON810 vermarktet werden. Ob das Vorgehen des BAG angemessen ist, wird demnächst der Bundesrat beantworten. Maya Graf, SAG-Präsidentin und Nationalrätin der Grünen, hat die Regierung in einer Interpellation dazu aufgefordert, das Nicht-handeln der Behörde zu beurteilen.

### Mäuse mit weniger Nachkommen

Bei der zweiten Studie geht es um den NK603xMON810-Mais – ein Kreuzungsprodukt aus dem MON810-Mais und dem NK603-Mais. Letzterer besitzt ein bakterielles Gen, das resistent gegen das Herbizid Roundup macht. Der von Monsanto hergestellte NK603xMON810-Mais ist in der EU als Lebensmittel zugelassen, in der Schweiz ist ein Antrag auf Zulassung beim BAG hängig.

Wie bei den meisten anderen Gentech-Pflanzen existierten bis vor Kurzem auch bei NK603xMON810-Mais kaum Daten aus Langzeitstudien. Im November stell-

ten jedoch Forschende der Veterinärmedizinischen Universität Wien Daten aus einer Untersuchung vor, in der sie Mäuse während 20 Wochen mit einer Diät fütterten, die zu einem Drittel aus NK603xMON810-Mais bestand. Die Resultate lassen wiederum aufhorchen, deuten sie doch darauf hin, dass das Gentech-Futter die Anzahl Nachkommen beeinflussen könnte. So hatten Mäuse, die NK603xMON810-Mais frassen, beim dritten und vierten Wurf weniger Nachkommen als Mäuse, die mit einer Diät aus konventionellem Mais gefüttert worden waren.

Noch ist der NK603xMON810-Mais in der Schweiz nicht als Lebensmittel zugelassen. So bleibt zu hoffen, dass das BAG die neuen Erkenntnisse berücksichtigt und den hängigen Zulassungsantrag von Monsanto ablehnt.

### Greenpeace fordert Sistierung der Zulassungen

Bisher gehörten Langzeitfütterungsstudien nicht zum Standard des Bewilligungsverfahrens, im Rahmen dessen das BAG die Gesundheitsgefährdung von Gentech-Pflanzen abklärt. Weder verlangte das Amt von den Gesuchstellern entsprechende Daten, noch führte es selber Langzeitstudien durch. Wie die Resultate aus der österreichischen Fütterungsstudie zeigen, tauchen unerwünschte Wirkungen jedoch unter Umständen erst nach langer Zeit auf. Greenpeace verlangt deshalb, dass das Bewilligungsverfahren verschärft und Langzeitstudien zum Standard werden sollten. Solange Daten aus solchen Langzeitstudien fehlen, sollte das BAG die bestehenden Zulassungen in der Schweiz sistieren. Das betreffe neben dem MON810-Mais die beiden Maisprodukte Bt176 und Bt11 der Basler Firma Syngenta sowie die Roundup-Ready-Soja von Monsanto.

Mit der Forderung nach einer Verschärfung des Bewilligungsverfahrens wird sich auch der Bundesrat beschäftigen. Der Grund ist eine Interpellation des SVP-Nationalrats Josef Kunz. Er will von der Regierung wissen, ob sie bereit ist, die rechtlichen Vorgaben so zu ändern, dass in Zukunft im Bewilligungsverfahren Langzeit-Fütterungsstudien verlangt und entsprechende wissenschaftliche Resultate als unerlässliches Kriterium mit einbezogen werden müssen. Greenpeace wird die Antworten des Bundesrates kritisch verfolgen. Bis dahin bleibt die einzige beruhigende Tatsache, dass derzeit praktisch keine der erlaubten Gentech-Produkte auf dem Schweizer Lebensmittelmarkt auftauchen.

# Gespräch mit Chiara Simoneschi-Cortesi: Mit dem Gewissen stimmen



Nationalratspräsidentin Chiara Simoneschi-Cortesi hat sich schon im Initiativ-Komitee für die Gentechnikfrei-Initiative engagiert. Sie befürwortet heute aus Überzeugung eine Verlängerung des Moratoriums.

Bild: remote.ch/Patrick Lüthy

Seit Dezember 2008 ist die Tessiner CVP-Politikerin die höchste Schweizerin. Seit mehr als 20 Jahren ist Chiara Simoneschi-Cortesi politisch aktiv. In der Frage der Gentechnologie in der Landwirtschaft vertritt sie eine klare Haltung.

**Genschutzzeitung: Frau Simoneschi-Cortesi, bringt das hohe Amt ausser sehr viel Arbeit auch Schönes mit sich?**

**Chiara Simoneschi-Cortesi:** Da ist auf der einen Seite die organisatorische Pflicht. Es ist eine Herausforderung, alle die Dinge zu erledigen, die wir im Rat von einer Session zur nächsten schleppen. Das ist mir ein grosses Anliegen, vor allem auch, um Raum zu schaffen für allfällige notwendige Zusatzberatungen – etwa wegen der Finanzkrise. Auf der andern Seite stehen die vielen Einladungen, die ich aus dem ganzen Land erhalte. Das ist dann der sehr schöne Teil. Ich lerne neue Realitäten kennen, begegne vielen Menschen, kann zuhören und herausfinden, wo die Probleme liegen. Das mache ich sehr gern.

**Eines der Themen, die im Rat auf Entscheidung warten, ist die Verlängerung des Gentechnik-Moratoriums. Sie waren damals im Initiativ-Komitee zur Gentechnikfrei-Initiative. Warum?**

Als die Genlex diskutiert wurde, war ich Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur und vertrat als Berichterstatterin auch die Haltung unserer Fraktion. Wir haben damals sehr viele Experten angehört, und ich war und bin überzeugt, dass bei solchen neuen Technologien das Vorsorgeprinzip angewendet werden muss. Wir wissen einfach

nicht genau, was in der Natur passiert, wenn Pflanzen mit fremden Genen freigesetzt werden. Es gibt Studien, die von einer Bedrohung der Biodiversität sprechen. Das dürfen wir nicht riskieren. Dann kommt eine ethische Frage dazu: Warum sollen Bauern ihr Saatgut von einer bestimmten Firma kaufen müssen? Da entstehen Monopole und Abhängigkeiten, das ist unethisch und vor allem für die Dritte Welt nicht verkraftbar. Ich bin immer noch überzeugt, dass die Initiative eine gute Sache war.

**Der Bundesrat will das Moratorium, das im nächsten Jahr ausläuft, um drei Jahre verlängern. Ist das in Ihrem Sinn?**

Ja, ich bin mit einer Verlängerung sehr einverstanden. Ich habe immer betont, dass ich nicht gegen Forschung bin. Insbesondere Grundlagen- und Risikoforschung sind sehr wichtig, um informierte Entscheidungen treffen zu können. Bis jetzt liegen noch keine endgültigen Resultate vor, deshalb ist es richtig, wenn man die Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogramms 59 über Nutzen und Risiken der Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen abwartet. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass die Schweizer Landwirte mit gentechnikfreien Produkten auf dem EU-Markt einen grossen Vorteil haben. Die Bauern sind ja auch dieser Ansicht ...

**Das Parlament wird gültig über eine Verlängerung entscheiden. Wie schätzen Sie die Chancen ein?**

Das kann ich Ihnen nicht sagen. Es hat bei den letzten Wahlen im Parlament einige Veränderungen gegeben, und das Thema wurde bislang in dieser Zusammensetzung nicht diskutiert.

**Als Präsidentin des Nationalrates dürfen Sie sich wohl auch nicht mehr in die Debatte einmischen, so wie Sie das noch als Nationalrätin konnten ...**

Ich muss die Präsidentin aller sein. Das heisst, ich kann nicht mehr in Streitgesprächen oder Mediendiskussionen über Sachgeschäfte auftreten. Und das ist auch richtig so. Ich darf ja auch nicht mehr abstimmen, ausser es braucht einen Stichtentscheid.

**Nehmen wir an, die Moratoriums-Verlängerung bräuchte Ihren Stichtentscheid. Wie würde der ausfallen?**

Laut Reglement kann die Präsidentin nicht abstimmen; wenn es zum Stichtentscheid kommt, muss sie sich zugunsten der Mehrheit der Kommission entscheiden. Ausnahmen sind möglich, wenn sie in einen Gewissenskonflikt gerät oder sich vorher stark für eine Seite engagiert hatte. In unserem Fall würde ich also für die Verlängerung des Moratoriums stimmen, weil ich es als vernünftig erachte.

## gentechn-news

### Frankreich: Giftige Herbizidrückstände auf Gentechpflanzen?

Viele der derzeit auf dem Weltmarkt erhältlichen Gentechnik-Pflanzen sind tolerant gegenüber dem Herbizid Roundup. Rückstände dieses Gifts sind auch nach der Ernte auf den behandelten Pflanzen nachweisbar. Jetzt deutet eine Studie der französischen Universität Caen darauf hin, dass Roundup bereits in geringer Dosis schädlich wirken könnte. Setzen die Forschenden menschliche Zellen in der Petrischale dem Gift aus, so wiesen die Zellen DNA-Schäden auf oder starben ganz ab.

### England: Unbewilligter GT73-Raps in der Umwelt

GT73-Raps ist in der EU als Lebensmittel zugelassen. In der Umwelt darf der Gentechnik-Raps jedoch nicht eingesetzt werden. Jetzt hat die englische Gentechnik-Aufsichtsbehörde in einem Ver-

suchsfeld mit konventionellem Raps Spuren des GT73 nachgewiesen. Wie der Gentechnik-Raps auf das Feld kam, ist nicht bekannt. Umweltverbände befürchten, dass sich GT73 unkontrolliert in der Umwelt ausbreitet.

### USA: Breite Skepsis gegenüber Genfood

Laut einer aktuellen Umfrage wollen 53 Prozent der US-AmerikanerInnen kein Genfood essen. Die freie Wahl haben sie jedoch nicht, denn in den USA muss Genfood nicht deklariert werden. 87 Prozent der Befragten sprechen sich für eine Deklarationspflicht aus.

### EU: Lila Nelke und T45-Raps finden keine Mehrheit

Wenn es um die Zulassung von Gentechnik-Pflanzen geht, sind die EU-Länder tief zerstritten. Das zeigte sich einmal mehr beim jüngsten Treffen der Agrarminister.

Sie konnten sich nicht mit der notwendigen Mehrheit darauf einigen, eine lila Nelke der Firma Florigene und T45-Raps von Bayer CropScience für den Markt zuzulassen. Ob die beiden Gentechnik-Produkte trotzdem auf den Markt kommen, entscheidet jetzt die EU-Kommission.

### USA: Unternehmen reagieren auf GVO-Skepsis

Mehr als 400 Lebensmittelhersteller reagieren auf die weit verbreitete Skepsis gegenüber Genfood. Sie wollen gemeinsam ein Label auf den Markt bringen, mit dem sich Produkte als frei von Gentechnik deklarieren lassen. Die Grundlage bildet ein Zertifizierungsverfahren, das von 28 000 Produkten durchlaufen werden soll.

### USA: Mehr Kontrollen bei Versuchen mit Gentechnik-Pflanzen

Die Behörden erhöhen die Kontrollen bei

Freisetzungsversuchen mit Gentechnik-Pflanzen. Sie wollen damit verhindern, dass nicht bewilligte Produkte auf den Markt oder in die Umwelt gelangen. In den letzten Jahren hat es mehrere solche Fälle gegeben, wie zuletzt beim Langkornreis. Oft mit gravierenden wirtschaftlichen Folgen, da Produkte zurückgerufen werden mussten.

### Deutschland: Tierversuchszahlen auf Rekordhoch

Mehr als 2,6 Millionen Tiere sind im Jahr 2007 für Tierversuche verwendet worden – das sind rund 91 000 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Versuchstiere ist damit so hoch wie vor 20 Jahren – ein «skandalöser Rückschritt» aus Sicht der Tierschutzverbände. Der Grund für den Anstieg liegt vor allem im Verbrauch gentechnisch veränderter Mäuse. Er erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 32 Prozent.

**Sie können die «gentechn-news» auch abonnieren und erhalten dann zweiwöchentlich Informationen gratis per E-Mail zugeschickt.**

**Abonnieren unter:  
info@blauen-institut.ch**

# Vorsorge hält Pollen auf Distanz

Wächst Bt-Mais in der Nähe von Naturschutzgebieten, könnten seine Pollen dort Schmetterlinge gefährden. Bild: www.transgen.de



**In Deutschland stehen Bt-Maisfelder auch direkt neben Naturschutzgebieten. Damit soll jetzt Schluss sein. Naturschutzbehörden fordern Sicherheitsabstände.**

## Benno Vogel, Biologe

Seit vier Jahren wird in Deutschland Bt-Mais kommerziell angebaut. 2008 betrug die Anbaufläche 3100 Hektar, was etwa 0,17 Prozent der deutschen Maisproduktion ausmachte. Das Bundesland mit den meisten und grössten Bt-Maisfeldern ist Brandenburg. Bisher waren die Landwirte dort weitgehend frei in der Auswahl ihrer Felder, die sie mit Bt-Mais bestellen. Wenn sie jetzt aber im April wieder damit beginnen, die Bt-Maissaat auszubringen, werden sie zum ersten Mal darauf achten, dass ihre Felder mindestens 800 Meter von Naturschutzgebieten entfernt liegen. Nur so können sie die Verträglichkeitsprüfung umgehen, mit der sie sonst darlegen müssten, dass ihre Bt-Maisfelder keine Gefahr für die Schutzgebiete sind. Vorgeschrieben ist diese Prüfung in einer Verordnung, die das brandenburgische Landesumweltministerium letztes Jahr erlassen hat. Da die Landwirte kaum bereit sein dürften, die vorgeschriebene Prüfung vorzunehmen, kommt der 800 Meter «Prüfradius» einem eigentlichen Sicherheitsabstand gleich. Brandenburg ist damit das erste deutsche Bundesland, das den Anbau von Bt-Mais in der Nähe von Naturschutzgebieten untersagt. Der Grund für den Erlass der Pufferzone sind neuere wissenschaftliche Daten. Sie deuten darauf hin, dass das Bt-Gift Schmetterlinge belasten könnte, die in naturnahen Räumen ausserhalb der Felder leben.

**Maispollen fliegen weiter als gedacht** Bt-Mais besitzt ein Gen des Bodenbakteriums *Bacillus thuringiensis* (Bt) und produziert deshalb ein Gift, das schädlich auf Schmetterlingsraupen wirkt. Helfen soll es vor allem gegen Raupen des Maiszünslers; diese fressen Mais und verursachen damit Ernteausfälle. Doch die Wirkung des Gifts muss nicht auf die

Maisfelder beschränkt bleiben. Schuld daran sind die Pollen, die per Wind auch über die Feldgrenzen verweht werden können. 10 bis 50 Millionen Pollen werden von einer einzelnen Bt-Maispflanze gebildet und jeder enthält das Gift. Da Maispollen relativ schwer sind, nahm man bis vor kurzem an, dass sie nur über kurze Distanzen verfrachtet werden. Eine im Auftrag des Bundesamts für Naturschutz (BfN) in Bonn durchgeführte Studie offenbart jedoch, dass diese Annahme nicht stimmt. Wissenschaftler sammelten Daten aus Freilandversuchen zum Maispollenflug aus verschiedenen Regionen Deutschlands und der Schweiz. Wie sie in der Auswertung der insgesamt 122 Messstandorte zeigen, können auch in grossen Entfernungen zu einem Maisfeld erhebliche Mengen an Maispollen nachgewiesen werden. In 100 Meter Entfernung zum Beispiel können noch bis zu 82 Maispollen pro Quadratzentimeter gefunden werden. Und in einer Entfernung von einem Kilometer sind bis zu 24 Pollen pro Quadratzentimeter zu erwarten. Ob die Mengen der entwichenen Maispollen damit so hoch sind, dass sie Schmetterlingsraupen ausserhalb der Maisfelder schaden?

## Unsicheres Wissen

Die Antwort hängt unter anderem von der Giftkonzentration in den Pollen ab. Im Bt 176-Mais zum Beispiel, der aus den Labors der Basler Firma Syngenta stammt, ist die Konzentration in den Pollen so hoch, dass das Produkt vom Markt genommen werden musste. Nur geringe Giftmengen finden sich hingegen im Pollen des MON810-Mais von Monsanto, der zurzeit in Deutschland angebaut wird. Einige Fachleute geben deshalb Entwarnung: Die Giftmenge in MON810-Pollen reiche nicht aus, um Schmetterlinge ausserhalb der Maisfelder zu schädigen. Die Datenlage, auf der die Entwarnung grün-



Das Tagpfauenauge bewohnt viele Lebensräume und lebt auch in Naturschutzgebieten. Bild: Keystone / Ludwig Werle

det, ist jedoch schmal. So ist nur von sehr wenigen Schmetterlingsarten bekannt, ab welcher Menge sie empfindlich auf das Bt-Gift reagieren. Dass die Anfälligkeit unterschiedlich sein kann, zeigen Laborversuche mit Raupen des C-Falters, Tagpfauenauges und Schwalbenschwanzes. Alle drei Raupenarten reagieren mit negativen Symptomen auf Bt-Maispollen, aber jeweils bei unterschiedlichen Konzentrationen. Um eine adäquate Risikoeinschätzung durchführen zu können, müssten weitere Laborversuche mit möglichst vielen Schmetterlingsarten durchgeführt werden. Ein Unterfangen, das nicht nur hohen Aufwand verursachen würde, sondern bei geschützten Schmetterlingsarten auch kaum umzusetzen wäre. Die Datenbasis, auf der die Behörden das Risiko einschätzen müssen, bleibt deshalb schmal. Hinzu kommt, dass das vorhandene Wissen mit Unsicherheit behaftet ist. Die wenigen bisher durchgeführten Laborversuche fanden an gesunden Raupen statt. In ihrer natürlichen Umgebung sind die Raupen jedoch oft durch Umweltgifte oder Krankheiten geschwächt, weshalb sie empfindlicher als im Labor auf das Bt-Gift reagieren könnten.

## «Folgt dem Beispiel Brandenburgs»

Die Behörden Brandenburgs haben durch den Erlass des 800 Meter Sicherheitsabstandes auf das unsichere Wissen reagiert. Sie wollen das bestehende Restrisiko nicht akzeptieren und schützen deshalb die Schmetterlinge in Naturschutzgebieten vorsorglich vor Pollen des Bt-Maises. Bestätigung für dieses Vorgehen erhalten sie vom BfN, der obersten Naturschutzbehörde Deutschlands. So sagte Beate Jessel, die Präsidentin des BfN, jüngst gegenüber der Frankfurter Rundschau: «Es bleibt zu hoffen, dass auch andere Länder dem Beispiel Brandenburgs folgen.» Dass Sicherheitsabstände aus Vorsorgegründen nötig sind, bestätigt auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen. Der Rat, der die deutsche Regierung berät, schlägt sogar vor, die Pufferzone auf einen Kilometer auszudehnen.

## Pufferzonen um Naturschutzgebiete in der Schweiz?

**Bt-Mais ist eine der wenigen derzeit auf dem Weltmarkt erhältlichen gentechnisch veränderten Pflanzen, die auch für einen Anbau in der Schweiz in Frage käme. Wenn das Anbau-Moratorium endet, könnte Bt-Mais auf den hiesigen Markt kommen. Ob Naturschutzgebiete dann ausreichend geschützt wären? Das absichtliche Ausbringen von Bt-Mais in besonders empfindliche oder schützenswerte Lebensräume wäre in der Schweiz untersagt. Das Verbot gilt in Natur- und Landschaftsschutzgebieten, Wäldern und Jagdbanngebieten. Ob es rechtlich möglich wäre, diese Lebensräume durch Pufferzonen auch vor dem Eintrag von Pollen des Bt-Maises zu schützen, ist unklar. Umwelt- und Naturschutzorganisationen – darunter auch die SAG – hatten im Rahmen der Revision der Freisetzungsvorschriften gefordert, die Möglichkeit zur Schaffung von Pufferzonen um Schutzgebiete rechtlich zu verankern. Vergebens. Im Oktober 2008 ist die revidierte Verordnung in Kraft getreten – ohne spezifische Bestimmungen zur Einrichtung von Pufferzonen.**

## Impressum

Herausgeberin  
sag  
schweizerische arbeitsgruppe  
gentechnologie  
postfach 1168, 8032 zürich  
telefon 044 262 25 63  
fax 044 262 25 70  
info@gentechnologie.ch  
www.gentechnologie.ch  
postcheck 80-150-6

Redaktion  
Daniel Ammann, Hanna Diethelm,  
Benno Vogel

Gestaltung und Druck  
Bringolf Irion Vögeli GmbH, Zürich  
ropress genossenschaft, Zürich

Auflage  
22'500 Ex., erscheint vierteljährlich  
im SAG Mitgliederbeitrag enthalten

Papier  
RecyStar, 100% Recycling aus Altpapier  
ohne optischen Aufheller

